

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Baugen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindeämter des Bezirks. **Ältestes Blatt im Bezirk.** - - - Erscheint seit 1846.



Anzeigeblatt für Bischofswerda, Neukirch, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke. - - **Wöchentliche Beilagen:** Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt. - - - Fernsprecher Nr. 22.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15.
Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 1.10, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 1.20; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 3.30 ohne Zustellungsgebühr.

Postcheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 21 543. - **Gemeindeverbandskassensache Bischofswerda Konto Nr. 64.**
Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen - hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Grundzeile (Zm. No. 25) oder deren Raum 35 Pfg., örtliche Anzeigen 25 Pfg. Im Teilteil (Zm. No. 17) 75 Pfg. die gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachlag nach feststehenden Sätzen. - Unbillige Anzeigen die gespaltene Zeile 60 Pfg. - Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. - Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 120.

Sonntag, den 25. Mai 1919.

73. Jahrgang.

Die Besprechungen in Spaa.

Spaa, 23. Mai. (W. L. B.) Heute fand in Spaa im Hotel der Waffenstillstandskommission die Besprechung zwischen den entlassenen Kabinettsmitgliedern unter Führung des Ministerpräsidenten und der deutschen Abordnung aus Versailles statt. In voller Übereinstimmung wurde der Wortlaut der deutschen Gegenvorschläge festgesetzt. Morgen Sonntag werden die Verästelten Finanzdelegierten mit dem Reichsfinanzminister die Einzelheiten der finanziellen Vorschläge zum endgültigen Abschluss bringen. Die Abrechnung der Gegenvorschläge, die ungefähr einen Umfang von achtzig Schreibmaschinenseiten haben werden, soll in Bälde erfolgen. Die Minister und die Delegation sind heute abend nach Berlin und Versailles zurückgekehrt.

Berlin, 23. Mai. (W. L. B.) Über die Zusammenkunft der deutschen Delegation der Friedenskonferenz mit den Vertretern der Reichsregierung wird noch berichtet: Die Berliner Herren verließen Spaa gestern abend um 1/2 9 Uhr mit einem Sonderzug. Der Versailleser Zug führte die deutschen Delegierten um 1/2 10 Uhr zurück. Reichsminister Dernburg blieb mit den Sachverständigen für finanzielle Fragen zu weiteren Beratungen in Spaa zurück. Zu sehen werden heute noch verschiedene Herren dort erwartet, so Bankier Warburg und der Direktor Urbier. Dernburg soll in Anbetracht der Wichtigkeit der finanziellen Fragen laut „Totalangebot“ die deutsche Erwiderung endgültig zusammenstellen. Die deutsche Antwort soll in etwa drei Tagen erfolgen.

Die peinlichen Gegenvorschläge.

Aus Versailles wird der „Post“ berichtet: Clemenceau fürchtet unseren kommenden Gegenvorschlag und nicht nur er allein, sondern alle Alliierten und assoziierten Regierungen. Der Beweis für diese Behauptung liegt darin, daß dieser unser Gegenvorschlag, der noch nicht vollständig zusammengestellt und nicht einmal uns im vollen Umfang bekannt ist, bereits jetzt in den feindlichen Blättern verhöhnt und distantiert wird. Das Blatt Vidons geht in der Väterlichkeit am weitesten, wenn es sagt, daß nach ernsthaften Mitteilungen der deutsche Gegenvorschlag eine Lawine zusammengefallener Proteste und Vereminnaden sei, daß er einen Auszug der deutschen Friedensphilosophie darstelle.

Der deutsche Gegenvorschlag wird allerdings so gehalten sein, daß er den Juristen der Entente, die die Väter des Clemenceauschen Dokumentes waren, viel Kopfzerbrechen machen wird, denn trotz aller Macht- und Raubpolitik wird man versuchen müssen, den Schein zu wahren. Das brutale Ultimatum wird allerdings nicht lange auf sich warten lassen. Wilson will es so, denn er wird in den Vereinigten Staaten mit Schmerzen erwartet. Um auf alle Fälle vorbereitet zu sein, erzählt die Pariser Presse heute morgen, es könne soweit kommen, daß Brodoff sich tatsächlich seine Koffer packe, aber er werde sie schon wieder auspacken, sobald die Entente Marshall Foch das Wort erteile. Vielleicht wolle Brodoff sogar, daß Foch einige Maßregeln ergreife und einige Kilometer vorrücke. Dann werde er unternehmen und könne ruhig vor das deutsche Volk hintreten mit der Behauptung, es sei ihm nichts anderes übrig geblieben. Alles dies ist natürlich purer Schwundel. Er wird betreiben, um den Gegnern des Gewaltfriedens die Waffen aus der Hand zu schlagen.

Weitere deutsche Noten.

Berlin, 24. Mai. (W. L. B.) Von den am 22. Mai in Versailles überreichten drei neuen deutschen Noten verlangt diejenige, welche sich auf die Arbeitergesetzgebung bezieht, abermals die sofortige Hingabegabe von Gewerkschaftsvertretern aller Länder noch während der Friedensverhandlungen. Die Note über das Privateigentum wendet sich gegen den einseitigen Plan der Entente, das deutsche Privateigentum im Ausland zur Zahlung der Kriegskosten heranzuziehen.

Eine englische Pressestimme zur Lage.

Rotterdam, 23. Mai. (W. L. B.) „Daily News“ schreibt in einem Leitartikel über die Deutschland zugesandene Absicht, den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen: Wenn dieser Fall eintritt, bleiben den Alliierten zwei Möglichkeiten offen. Die eine besteht darin, den Vertrag zu revidieren, die andere darin, Deutschland zu besetzen.

Der letztere Weg würde eine gewaltige Aufgabe bedeuten, nicht, daß etwa Deutschland Widerstand leisten würde. Es besteht sogar Grund zu der Annahme, daß einflußreiche Elemente in Deutschland einer solchen Lösung nicht abhold sind. Eine Besetzung würde jedoch eine unheilvolle Unternehmung für die Länder bedeuten, die sie ausführen. Sie würde eine unbeschränkte Ausdehnung der Dienstpflicht und die Anwendung großer Heere zur Eintreibung von Schulden bei einem widerspenstigen, verfallenen und unwilligen Volk darstellen. Sie würde die Alliierten in Konflikte verwickeln, die die Quelle zahlreicher Schwierigkeiten sein würden. Sie würde aus Deutschland sicherlich nicht mehr herauszuholen, als dieses Land imstande ist zu bezahlen. Sie würde auf unbeschränkte Zeit den Völkerverbund zu einem vergeblichen Witz machen und den Weg für einen unvermeidlichen Krieg vorbereiten.

Die andere Möglichkeit ist die, einen solchen Frieden mit Deutschland abzuschließen, den Deutschland annehmen kann mit der Hoffnung auf die Zukunft und mit dem Vertrauen auf die guten Absichten der Alliierten und mit dem Zwang, nicht nur seine Schulden bezahlen zu müssen, sondern auch seinen Platz in der Gemeinschaft der Völker einzunehmen zu dürfen.

Schweizer Diplomaten über die jetzige Lage.

Basel, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Informationen politischer Kreise in der Schweiz hält man die politische Lage insofern etwas günstiger, als man damit rechnen darf, daß der Friedensvertrag weiter wesentliche Widerungen erfährt. Man rechnet damit, daß sich Wilson für eine Milderung einsetzen wird und zwar mit mehr Erfolg, als früher; außerdem würde er durch die arbeitenden Klassen aller Länder, sowie durch die Neutralen kräftig dabei unterstützt. Die „Liberte“ schreibt bereits von bevorstehenden Konzeptionen der Entente gegenüber Deutschland.

Ein amerikanischer Friedensdelegierter an Wilson.

Wir brachten vor einigen Tagen schon die Meldung, daß die amerikanische Delegation entrüstet sei über die uns aufzuerlegenden Friedensbedingungen und ein großer Teil seinen Rücktritt erklärt habe. Diese Meldungen bestätigten sich. Der „Wend“ verbreitet nach einem Funkpruch aus Lyon ein Schreiben des Mitgliedes der amerikanischen Friedensdelegation Bullitts an Wilson, durch das dieser seinen Rücktritt aus der Delegation begründet. Er sagt darin nach einer Wolff-Meldung u. a.:

Ich bin einer der Millionen, die rüchaltlos Ihrer Führerschaft vertrauen und glauben, Sie wollten nichts Geringeres als einen dauernden Frieden erreichen, und das auf der Basis einer vollkommenen Gerechtigkeit, aber die Regierung hat sich nunmehr dazu entschlossen, die leidenden Völker der Welt neuen Unterdrückungen und Zerschmetterungsangriffen auszusetzen, ein neues Jahrhundert des Krieges zu eröffnen. Ungerechte Entschlüsse, wie die von Schantung, Tirol, Ostpreußen, Danzig, Saarbeden und die Preisgabe wichtiger Freihäfen führen unweigerlich zu neuen Konflikten. Meine festen Überzeugung nach ist der durch den vorliegenden Entwurf geschaffene Völkerverbundentwurf viel zu machtlos, um diese Kriege zu verhindern. Daher ist es die Pflicht der Regierung der Vereinigten Staaten, zum Besten ihres Volkes und dem der Menschheit die Unterzeichnung und die Ratifikation des ungerechten Vertrages durch Nichtbeitritt zu dem Völkerverbund und damit ein engeres Zusammengehen mit Frankreich zu verweigern. Es ist nur allzubekannt, daß Sie sich den meisten der ungerechten Abmachungen widersetzen und daß Sie ihnen nur unter dem schärfsten Druck beipflichteten. Trotzdem geht meine Überzeugung dahin, daß, wenn Sie den Kampf, anstatt ihn hinter verschlossenen Türen zu kämpfen, offen ausgefochten hätten, die öffentliche Meinung der Welt auf Ihrer Seite gewesen wäre und diese Sie in die Lage versetzt hätte, allen Anstößen zu widerstehen, mit denen Sie nicht anverwandt gewesen wären.

Amerika gegen den Friedensvertrag.

Haag, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Aus New York wird gemeldet: Die Erklärung des Senators Knox, daß der revidierte Entwurf des Völkervertrages schlech-

ter sei, als der erste und daß es seitens der Vereinigten Staaten nationaler Selbstmord wäre zuzustimmen, hat in Washington wie eine Bombe eingeschlagen. Wie zuverlässig verlautet, haben 55 Senatoren sich gegen den Völkervertrag und somit auch gegen den Friedensvertrag, der in den Völkervertrag eingeschlossen ist, ausgesprochen.

Keine Befreiung unserer Kriegsgefangenen!

Versailles, 23. Mai. (W. L. B.) Dem Grafen Brodoff-Rangau ist am Donnerstag die Antwort Clemenceaus auf die Note vom 10. d. M. über Kriegsgefangene zugegangen. Sie besagt, daß die Alliierten der Befreiung der Kriegs- und Zivilgefangenen, die sich Verbrechen oder Vergehen haben zu Schulden kommen lassen, nicht zustimmen können. Es wird ein Sonderfall angeführt, nach dem ein deutscher Kriegsgefangener nachts einen Landwirt, bei dem er arbeitete, und dessen Ehefrau ermordet hat. Hinsichtlich dessen, was sich auf die Milderung bezieht, die die deutsche Regierung in dem Schicksal der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten zwischen dem Zeitpunkt der Unterzeichnung des Friedens und ihrer Heimbeförderung eintreten zu lassen vorzuschlag.

wählten die Alliierten nicht, welche Milderung gewährt werden könnte,

denn sie hätten sich bemüht, die Kriegsgesetze zu beobachten und den Forderungen der Menschlichkeit Genüge zu leisten. Die alliierten Mächte beabsichtigten, die Kriegsgefangenen in der fraglichen Zeit mit voller Berücksichtigung ihres Gefühlslebens und ihres Bedürfnisses zu behandeln. Die Wiedererstattung des persönlichen Eigentums an die Kriegsgefangenen werde erfolgen. Bezüglich der Auskünfte über die Vermittlungen hätten sich die Alliierten ständig bemüht, der deutschen Regierung alle Informationen zugehen zu lassen, und würden gewiß damit fortfahren. Was die

Erhaltung der Grabstätten

und die Überführung der Leichen Gefallener anbetrifft, wird auf die betreffenden Artikel der Friedensbedingungen verwiesen. Bezüglich der geforderten uneingeschränkten Gegenseitigkeit müßten die Alliierten erklären, daß sie es für erforderlich gehalten hätten, den Artikel 222 einzufügen wegen der Behandlung, die ihre eigenen in Deutschland während des Krieges internierten Staatsangehörigen zu erteilen gehabt hätten. Da keinerlei Vergleich zwischen der Behandlung der Kriegsgefangenen durch die deutsche Regierung einerseits und durch die alliierten und assoziierten Mächte andererseits möglich sei, so könne in dieser Hinsicht keine Gegenseitigkeit gefordert

werden. Sie wären bereit, alles mögliche zu tun, um die deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten gehörig verpflegt und angemessen behandelt nach Friedensschluß heimzubefördern, sie bedauerten indessen, daß die zur Verfügung stehenden Bekleidungsgegenstände unzureichend seien, um die deutschen Kriegsgefangenen neu auszustatten. Kommissionen, die sich mit der Heimbeförderung der Kriegsgefangenen zu befassen hätten, würden die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte einsehen, sobald der Friede unterzeichnet sei. - In einer Anlage fügt Clemenceau als urkundlichen Beleg einen Bericht des Unterstaatssekretärs für militärische Gerichtsbarkeit inbetriff des Bekleidungsstandes der Kriegsgefangenen bei.

Zu dieser Antwortnote bemerkt die zuständige deutsche Stelle: Die alliierten und assoziierten Regierungen führen zur Begründung ihrer Ablehnung der Freilassung derjenigen Kriegs- und Zivilgefangenen, die sich wegen anderer als disziplinärer Vergehen in Untersuchungs- oder Strafhäusern befinden, einen anscheinend besonders trassen Fall an, wo sich ein deutscher Kriegsgefangener nach der Gefangennahme eines Mordes gegen den Unternehmer, bei dem er arbeitete, und dessen Ehefrau schuldig gemacht hat. Die alliierten und assoziierten Regierungen werden wohl selbst nicht behaupten wollen, daß unter den früher in deutscher Hand befindlichen, ihnen angehörigen Kriegsgefangenen keine Fälle dieser Art vorgekommen hätten. Im Gegenteil, es sind nur allzu viele Fälle vorgekommen, wo

Kriegsgefangene in Deutschland schwere Verbrechen begangen

haben, namentlich Mord, Brandstiftung, Mord usw. Das hat die alliierten und assoziierten Regierungen feinerzeit